



Achim Großmann, MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

HAUSANSCHRIFT Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

POSTANSCHRIFT 11030 Berlin

TEL 030 2008-2300

FAX 030 2008-2319

EMAIL psts.g@bmvbs.bund.de

Herrn
Winfried Hermann MdB
Rutscher Bundestag
Platz der Republik 1
10111 Berlin

Berlin, 8. März 2007

Sehr geehrter Herr Kollege Hermann!

Ihre Frage Nr. 262/Februar:

Wie beurteilt die Bundesregierung das Vorgehen der Deutschen Bahn AG (DB AG) gegen Gedenkveranstaltungen und friedliche Proteste von Bürgerinitiativen, die am 27. Januar 2007 bundesweit auf Bahnhöfen Deportationsopfer würdigen wollten, die mit der „Deutschen Reichsbahn“ in den Tod fahren mussten?

beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung sieht es nicht als ihre Aufgabe an, die Ausübung des Hausrechts der Deutschen Bahn AG (DB AG) zu bewerten. Nach Kenntnis der Bundesregierung hat die DB AG aber friedliche Veranstaltungen zum Gedenken an die Deportationen am 27. Januar 2007 gestattet, so wie sich die DB AG auch insgesamt für das Gedenken und Erinnern an den Holocaust im Rahmen ihres Programms „Geschichte und Gegenwart“ aktiv einsetzt.



SEHE 2 VON 3 Ihre Frage Nr. 263/Februar:

Wie beurteilt die Bundesregierung, dass die Konzernleitung der Deutsche Bahn AG nach wie vor zurückweist, dass das Ausstellungs- und Erinnerungsprojekt „Elftausend jüdische Kinder“ auf deutschen Bahnhöfen gezeigt wird und statt dessen eine eigene Ausstellung für 2008 konzipiert, die eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit französischen Opferverbänden und deutschen Bürgerinitiativen ausschließt?

beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung begrüßt nachdrücklich die Absicht der DB AG, eine Wanderausstellung zu den von der Reichsbahn durchgeführten Deportationen in die Konzentrations- und Vernichtungslager sowohl auf Bahnhöfen als auch in deren unmittelbarer Nähe zu zeigen. Hierzu wurde Anfang Dezember 2006 eine Vereinbarung zwischen Bundesminister Tiefensee und dem Vorstandsvorsitzenden der DB AG getroffen, die u. a. festlegt, dass das unermessliche Leid der deportierten jüdischen Kinder im Mittelpunkt der neuen Ausstellung stehen wird. Des Weiteren wurde vereinbart, Frau Klarsfeld darum zu bitten, ihr Material zur Verfügung zu stellen, um Elemente ihrer Ausstellung „11.000 jüdische Kinder. Mit der Reichsbahn in den Tod“ in die neue Ausstellung integrieren zu können. Frau Klarsfeld hat die erzielte Einigung begrüßt. In einer Pressemitteilung vom 3. Dezember 2006 erklärte sie ausdrücklich: „Wir werden das Ergebnis unserer Recherchen und unser ganzes Material der wissenschaftlichen Kommission, mit der wir zusammenarbeiten werden, zur Verfügung stellen.“ Erste Gespräche mit Frau Klarsfeld wurden bereits geführt.

Ihre Frage Nr. 264/Februar:

Wie beurteilt die Bundesregierung, dass sowohl französische Opferverbände als auch deutsche Bürgerinitiativen die Zusammenarbeit mit der zuständigen DB-Kommission ablehnen, da die Opferperspektive in der von der DB AG konzipierten Ausstellung unzureichend berücksichtigt wird?

Ihre Frage Nr. 265/Februar:

In welcher Form wird die Regierung aktiv werden, damit es nicht zu einer Konfrontation auf europäischer Ebene zwischen der DB-Kommission einerseits und den französischen Opferverbänden und deutschen Bürgerinitiativen andererseits kommt?



SEH 3CN 3 beantworte ich wie folgt:

Die Fragen 264 und 265/Februar werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Vorbereitung der Ausstellung erfolgt unter der Verantwortung der DB AG und in enger Abstimmung zwischen DB AG und Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS). Die Initiative für eine derartige Ausstellung geht ursprünglich von der Organisation Les Fils et Filles des Déportés Juifs de France des Ehepaars Beate und Serge Klarsfeld aus. Ansprechpartner der von der DB AG mit der Vorbereitung und Konzeption der Ausstellung beauftragten Arbeitsgruppe (und auch des BMVBS) ist deshalb das Ehepaar Klarsfeld. Die Bundesregierung geht im Übrigen davon aus, dass die Arbeitsgruppe alle konstruktiven Anregungen und Vorschläge von Verbänden und Initiativen sorgfältig prüft und gegebenenfalls aufgreift.

Vereinzelt öffentlich erhobene Vorwürfe, die DB AG wolle eine „technische“ Ausstellung zeigen, die der emotionalen Bedeutung des Themas nicht gerecht werde, kann die Bundesregierung nicht nachvollziehen. Die zwischen Bundesminister Tiefensee und Dr. Mehdorn getroffene Vereinbarung schließt eine rein technische Darstellung der entsetzlichen Geschichte der Deportationen aus, denn sie legt fest, dass das unermessliche Leid der deportierten jüdischen Kinder im Mittelpunkt der neuen Ausstellung stehen soll.

Mit freundlichen Grüßen

Achim Großmann